

K 001 DGB-Bundesvorstand

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen in geänderter Fassung

Begleitantrag zur neuen DGB-Satzung

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1.1 Grundprinzipien der DGB-Strukturreform

Die Gegenwart ist geprägt von anhaltender Massenarbeitslosigkeit, dem Zurückdrängen von mühsam erkämpften Arbeitnehmerrechten und dem immer heftiger werdenden Kampf um das Recht auf Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Arbeit. Deshalb muss das Ziel der Reform der Struktur des DGB sein, das Bündnis der Gewerkschaften als solidarische Gemeinschaft für Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen politisch zu stärken.

Der DGB als Bund der Gewerkschaften ist dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft sowie seinen Grundprinzipien und Zielen verpflichtet und wird die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Politik durch eine Veränderung der internen Organisationsstrukturen und durch eine stärkere Präsenz sicherstellen. Dazu gehört auch eine weitere Verbesserung der Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben oder der Aufgaben als Spitzenverband.

Der Reformprozess des DGB läuft parallel zu Strukturveränderungen der Mitgliedsgewerkschaften, die sich auf eine optimale Mitgliedervertretung und die effektive Ausschöpfung von Mitgliederpotentialen konzentrieren. Diese Aufgabenkonzentration hat auch ihre Auswirkungen auf die Aufgabenstellung des DGB, der sich stärker als bisher auf seine Funktionen als Interessenvertreter der Gewerkschaften im politisch-parlamentarischen Raum und als Schlichter bei Interessenkonflikten zwischen den Gewerkschaften konzentrieren muss.

Dabei ist die Entwicklung der ökonomischen Situation der Gewerkschaften und mit ihr die des DGB zu beachten: der prognostizierte Rückgang der Beitragseinnahmen aus unterschiedlichen Gründen zwingen Gewerkschaften und DGB zu besserer Effektivität und dem sorgfältig kalkulierten Einsatz der Ressourcen. So heißt das Konzept für den DGB:

- Verbesserungen im Kernbereich der politischen Interessenvertretung,
- Anpassung an eine effektive und handlungsfähige Organisationsstruktur.

Aus der Aufgabe des DGB als Bund der Gewerkschaften folgt der Organisationsaufbau, in dem die Gewerkschaften als die Träger des gemeinsamen Bundes die Entscheidungskompetenz in allen Gremien haben – dieses gilt sowohl für die Kongresse wie auch die Vorstände. Sie wird in der neuen Satzung klar und einheitlich geregelt.

Der DGB-Rechtsschutz wird als übergreifende Aufgabe und Dienstleistung für alle Gewerkschaften auch weiterhin gesichert und soll wie bisher den Schutz in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen für die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften effektiv gewährleisten.

Mit den Eckpunkten zu einer DGB-Reform vom Juni 2009 und dem Entwurf für eine Neufassung der DGB Satzung als Antrag an den DGB Bundeskongress 2010 haben die Vorsitzenden der Gewerkschaften und der DGB-Bundesvorstand Grundlagen für eine Neuausrichtung des DGB als Dach der Gewerkschaften geschaffen.

Der DGB-Bundeskongress unterstützt die Zielsetzungen und den künftigen Umsetzungsprozess der neuen DGB-Satzung. Die Gewerkschaften und der DGB werden auf allen Ebenen diese Umsetzung konstruktiv begleiten und sich für die Verwirklichung der Ziele einsetzen:

- Stärkung der politischen Zusammenarbeit von Gewerkschaften und dem DGB als Bund der Gewerkschaften auf allen Ebenen,
- Vermeidung von Reibungsverlusten zwischen den Gliederungsebenen durch eine bessere Verzahnung der neuen drei Ebenen: der Kreis- und Stadtverbände, der Bezirke (einschließlich Landesvertretungen und Regionen) sowie der Bundesebene, die auch für die Europapolitik zuständig ist,
- Erhöhung des nach außen gerichteten Aktionspotentials des DGB insgesamt, sowie die Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit auf der kommunalen Ebene,
- Verstärkung der Interessenvertretung in der Europapolitik.

Der DGB-Bundeskongress begrüßt, dass durch die neue Satzung, die Zielsetzungen und inhaltlichen Aufgabenbeschreibungen des Dachverbandes klarer und präziser formuliert werden.

Dieses geschieht insbesondere durch folgende Maßnahmen:

- Es wird künftig Wahlmandate auf drei Ebenen – davon zwei hauptamtliche (Bund und Bezirke) und ein ehrenamtliches (Stadt- und Kreisverbände) – geben.
- Erstmals wird die ehrenamtliche Ebene in den Landkreisen und kreisfreien Städten in der neuen Satzung verankert und damit die regionale Präsenz des DGB in den kreisfreien Städten und Landkreisen gestärkt. Diese werden von einem Netz von hauptamtlich besetzten Regionen unterstützt.
- Die Zusammensetzung der Vorstände wird neu gegliedert. Hierbei wird die Bedeutung der Meinungs- und Willensbildung der Gewerkschaften als Träger des Dachverbandes herausgehoben. Deshalb wird auf allen Satzungsebenen den Gewerkschaften sowie den gewählten DGB-Vorstandsmitgliedern das Stimmrecht eingeräumt und auf der Ebene der Bezirke sowie der Stadt – und Kreisverbände das Stimmrecht von Frauen und Jugend erhalten.
- Gemäß dem Anspruch der Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern ist bei allen Wahlmandaten von Organen der DGB-Satzung, einschließlich der Regionsgeschäftsführer/innen, darauf hinzuwirken, dass diese auf der jeweiligen Wahlebene dem Anteil aller weiblichen Gewerkschaftsmitglieder entsprechen.
- Es wird durch eine effiziente und integrierte Bezirksstruktur gewährleistet, dass die politische Repräsentanz auf Landesebene durch eine Landesvertretung sichergestellt ist.
- Die Zusammenarbeit und Verantwortung zwischen den Ebenen des DGB wird neu definiert, indem die Bezirksvorsitzenden nunmehr als ständige Mitglieder beratend an den Sitzungen des Bundesvorstandes teilnehmen und die Regionsgeschäftsführer/innen in die neuen erweiterten Geschäftsführenden Bezirksvorstände integriert werden.

- Die bisherigen Strukturen der Frauen- und Jugendarbeit des DGB werden erhalten und gefördert. Diese erhalten weiterhin Sitz und Stimme in den Vorständen auf Bezirks-, Stadt- und Kreisverbandsebene sowie ihr Teilnahme – und Beratungsrecht im Bundesausschuss und den Bundes-, Bezirks- Stadt- und Kreiskonferenzen.

1.2 Arbeit auf der Ebene der Stadt- und Kreisverbände

Es werden in den Kreisen und kreisfreien Städten ehrenamtliche DGB- Kreis – und Stadtverbände als 3. Satzungsebene eingerichtet. Diese Aufgabe obliegt den Bezirken. Näheres zu der Arbeit und den Aufgaben der Organe der Kreis – und Stadtverbände regelt eine noch zu erarbeitende Richtlinie des Bundesvorstandes.

Bisheriges ehrenamtliches Engagement darf dabei nicht verloren gehen. Maßgeblich sind in der Regel die jeweils vorhandenen politischen Grenzen der Kreise und kreisfreien Städte.

Durch Stadt- und Kreisverbände soll die gewerkschaftspolitische Vertretung des DGB und seiner Gewerkschaften auf der kommunalen Ebene, dem Lebensumfeld der Arbeitnehmer/innen und ihrer Familien, gewährleistet werden.

Die ehrenamtliche Arbeit in den Kreis- bzw. Stadtverbänden ist primär auf die regionalen, örtlichen und kommunalen gewerkschaftspolitischen Fragestellungen gerichtet, insbesondere im Hinblick auf die Lobbyarbeit gegenüber der Kommunalpolitik, vor allem dort, wo arbeitnehmerpolitische Themen zu vertreten sind und die gewerkschaftliche Interessenvertretung im lokalen, kreis- bzw. stadtbezogenen Umfeld.

In einer künftigen Richtlinie soll geregelt werden, dass die Stadt- und Kreisverbände durch ehrenamtliche Vorsitzende (im Vertretungsfall von deren Stellvertreter/innen) repräsentiert werden, die demokratisch in Stadt- und Kreisverbänden gewählt werden. Soweit Hauptamtliche des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften gewählt werden, nehmen sie dieses Amt ehrenamtlich wahr. Ihre Arbeit wird unterstützt von einem Vorstand, der in der Regel aus je einer/einem benannten Vertreterin/Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften in dem Kreis oder der Stadt und der bzw. dem gewählten DGB-Vorsitzenden besteht. Die Vertreter bzw. Vertreterin der Jugend- und Frauenarbeit nehmen an der Sitzung mit Stimmrecht teil. Die Vorstände können die Vertretung der Seniorenarbeit beratend zu ihren Sitzungen hinzuziehen, wenn es entsprechende arbeitsfähige Strukturen auf der Ebene der Kreis- und Stadtverbände gibt.

Die Kreis- und Stadtverbände arbeiten ehrenamtlich. Aufwendungen werden im Rahmen eines Budgets erstattet.

Für die erfolgreiche Aufgabenerfüllung der Stadt- und Kreisverbände stellen ihnen die Bezirke im Rahmen ihrer Haushaltplanungen Ressourcen, insbesondere ein finanzielles Budget im angemessenen Umfang, zur Verfügung, wobei das konkrete Ressourcenmanagement für die Stadt- und Kreisverbände durch die Regionen erledigt wird. Stadt- und Kreisverbände sollen im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung nicht mit bürokratischen Anforderungen belastet werden.

Die hauptamtlichen Kollegen/innen der Regionsgeschäftsstellen unterstützen die Kreis- und Stadtverbände bei ihren Aufgaben.

Für die Vergabe der Ressourcen durch die Bezirke werden bundeseinheitliche Kriterien für eine Mindestausstattung bzw. ein Mindestbudget erarbeitet, die als Rahmenregelungen in die Richtlinie für die Stadt- und Kreisverbände einfließen.

Bisheriges ehrenamtliches Engagement darf in diesem Transformationsprozess nicht verloren gehen. Weitere ehrenamtliche Arbeitsstrukturen wie die bisher

existierenden DGB-Ortsverbände, -Ortskartelle und andere Arbeitsformen bleiben unterhalb der Satzungsebene der Kreis- bzw. Stadtverbände als weitere Formen und Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements im DGB bestehen. Diese werden durch die neuen Kreis- bzw. Stadtverbände koordiniert. Die Bezirke/Regionen unterstützen die weiteren ehrenamtlichen Arbeitsstrukturen mit angemessenen personellen und materiellen Ressourcen.

Damit die Aufgaben der neuen Satzungsebene ausgefüllt werden können, muss der DGB zu einer neuen Arbeitsform und Qualität seiner Ehrenamtlichkeit gelangen und ein spezielles Ehrenamtlichenmanagement entwickeln. Ein Grundstein hierfür ist die Ausweitung der professionellen Personalentwicklung auf die Ehrenamtlichen.

Über die gezielte Personalentwicklung hinaus sind passgenaue Qualifizierungsprogramme in den Bezirken und Regionen sinnvoll für alle Kolleg/innen zu entwickeln, die sich in den neuen DGB-Strukturen engagieren wollen.

Die Bildung der neuen Organisationseinheiten bedeutet für den DGB eine enorme organisatorische Herausforderung. Die aktive Beteiligung der Gewerkschaften in der Region, der Beschäftigten des DGB und der Ehrenamtlichen der Gewerkschaften an der Ausgestaltung der zukünftigen Strukturen des DGB ist entscheidend für deren Erfolg.

1.3 Unterstützung der Arbeit der Kreis- und Stadtverbände durch die Regionsgeschäftsführung als integraler Bestandteil der Bezirke

Eine der zentralen Aufgaben der Regionsgeschäftsführungen ist die hauptamtliche Unterstützung kommunalpolitischen Arbeit des DGB in kreisfreien Städten und Landkreisen. Hierauf sind die personellen und materiellen Ressourcen der Regionen in erster Linie auszurichten.

Insbesondere zählen zu den Unterstützungsfunktionen:

- Aufbau und Pflege von Kommunikationsstrukturen (Netzwerke), Sicherung von Kommunikation und verbindlichen Absprachen zwischen den lokalen Akteuren, besonders Gewerkschaften,
- Ausbau und Weiterentwicklung der Stadt- und Kreisverbände in der Region,
- direkte Unterstützung der Vorsitzenden der ehrenamtlichen Stadt- bzw. Kreisverbände,
- inhaltlich-fachliche Beratung der KV- und SV-Vorsitzenden, insbesondere in der Kommunalpolitik und im Kommunalrecht,
- Informationsvermittlung für die KV und SV,
- Qualifizierung von Ehrenamtlichen (im Zusammenwirken mit dem Bezirk),
- Unterstützung (vorhandener) gemeinsamer gewerkschaftlicher Anlaufstellen,
- Übernahme von Organisations- und Verwaltungsaufgaben der KV und SV,
- ggf. Beantragung öffentlicher, kommunaler Mittel.

Eine zweite Aufgabe der Regionsgeschäftsführer/innen ist die gewerkschaftspolitische Vertretung des DGB in Regierungsbezirken und vergleichbaren politischen Gliederungen. Die Regionsgeschäftsführer/innen sind, entsprechend der Aufträge des Bezirksvorstands, die gewerkschaftlichen Ansprechpartner von z.B. Regierungsbezirken und vertre-

ten den DGB auch in (den Landkreisen und kreisfreien Städten übergeordneten) Gremien (wie etwa Kammern, ARGEn etc), solange dies nicht von den ehrenamtlichen KV und SV wahrgenommen wird.

Die Regionsgeschäftsstellen stellen auch die Jugendarbeit sowie deren Vernetzung mit den Stadt- bzw. Kreisverbänden sicher. Dabei berücksichtigen sie die jeweils bestehenden Vorgaben für die Verwendung öffentlicher Mittel.

Unter Beachtung der Prioritätensetzung für die Arbeit auf regionaler Ebene und je nach vorhandenen Kapazitäten arbeiten die Regionsgeschäftsführer/innen bzw. einzelne Beschäftigte der Regionsgeschäftsstellen auch an politischen Schwerpunkten der Bezirke mit oder übernehmen Funktionen für den ganzen Bezirk (z. B. im Kontext von Kompetenzcentern).

Die autorisierten Vertreter des DGB vor Ort sind die gewählten Vorsitzenden von Stadt- und Kreisverbänden. Die Regionsgeschäftsstellen und speziell ihre Geschäftsführer/innen werden daher generell nicht bzw. nicht direkt in denjenigen Aufgabenbereichen tätig, die den Stadt- und Kreisverbänden zugeordnet sind. Sie leisten die notwendige Unterstützungs- und Beratungsarbeit für die ehrenamtlichen Stadt- und Kreisverbände.

Die Regionsgeschäftsstellen werden operativ durch Regionsgeschäftsführer/innen geführt, die auch Repräsentanten der Regionen sind. Sie vertreten den Bezirksvorstand in der Region und gegenüber den Stadt- und Kreisverbänden. Sie werden auf den Bezirkskonferenzen gewählt und vom Bezirksvorstand für eine bestimmte Region mit der Geschäftsführung beauftragt. Das Vorschlagsrecht zur Wahl haben die Vorstände der Gewerkschaften in der Region. Eigene Wahlversammlungen für die Regionen werden nicht durchgeführt.

Die Form der Koordinierung der Arbeit auf der regionalen Ebene mit den Gewerkschaften und den Kreis- und Stadtverbänden legt der Bezirksvorstand fest. Näheres wird aufgrund der bezirklichen Gegebenheit von den Bezirken geregelt.

Die Regionsgeschäftsführer/innen vernetzen die DGB-Arbeit auf regionaler Ebene zwischen den Gewerkschaften und zwischen den Stadt- und Kreisverbänden in der Region. Sie sorgen für die notwendige Kooperation zwischen den Gewerkschaften in der Region und übernehmen die funktionale Leitung der hauptamtlichen Arbeitsteams.

Die Regionsgeschäftsführer/innen arbeiten im erweiterten geschäftsführenden Bezirksvorstand mit. Die Regionsgeschäftsführer/innen bringen die Interessen und Anforderungen der regionalen Gewerkschaften und der Stadt- bzw. Kreisverbände in der Region in den politischen Meinungsbildungsprozess des Bezirksvorstands ein.

Die Regionen werden vom Bezirksvorstand auf der Grundlage von Richtlinien des Bundesvorstands und im Benehmen mit diesem gebildet.

Die maßgeblichen Gesichtspunkte sind dabei die Betreuung und Unterstützung der ehrenamtlichen Stadt- bzw. Kreisverbände sowie die politischen Gegebenheiten bzw. die Vertretung des DGB in Regierungsbezirken und vergleichbaren politischen Gliederungen.

Eine Region soll als Arbeitsteam eine ausreichende Nähe zu den betreuenden Stadt- und Kreisverbänden und eine Teamgröße haben, die den örtlichen Anforderungen gerecht wird.

Bei der Bildung der Regionen sind die Standortplanungen der Gewerkschaften zu berücksichtigen.

1. 4 Arbeit der Bezirke

Zu den Aufgaben der Bezirke gehören die Vertretung der Gewerkschaftsinteressen des Dachverbandes in allen Fragen der Landespolitik, mit den Schwerpunkten in der Regional- und Strukturpolitik, Haushaltspolitik sowie der Beamten- und Bildungspolitik. Soweit sie sich über mehrere Bundesländer erstrecken, organisieren sie in ihrem Bereich die Landesvertretungen des DGB.

Die Bezirke führen die regionale Unterstützungsarbeit der ehrenamtlichen Stadt- und Kreisverbände als integraler Bestandteil ihrer Aufgabenstellung mit Hilfe ihrer hauptamtlich besetzten Regionsgeschäftsstellen und Regionsgeschäftsführer/innen. Dazu gehört der administrative Aufwand ebenso wie die notwendige Qualifizierung, Fortbildung und politische Koordinierung bei überregionalen Themen und zentralen Kampagnen der ehrenamtlichen Struktur.

Die territoriale Struktur der DGB Bezirke richtet sich prinzipiell nach der politischen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland, das heißt, sie umfassen politisch und territorial jeweils die gewerkschaftliche Vertretung in einem oder mehreren Bundesländern.

DGB Bezirke richten im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand Landesvertretungen (bei Mehr-Bundesländer-Bezirken) und Regionsgeschäftsstellen (zur Unterstützung der Stadt- und Kreisverbände) für ihre innerbezirkliche Arbeit ein. Die Zahl der Landesvertretungen richtet sich nach der Zahl der jeweils eingeschlossenen Bundesländer und die Zahl und Ausstattung der Regionsgeschäftsstellen nach Größe, Mitgliederstärke und Anzahl der Landkreise, kreisfreien Städte und Stadtstaaten im jeweiligen Bezirk. Dabei legen die Bezirke die Kriterien und ihre Gewichtung selbst fest.

Die Geschäftsführenden Bezirksvorstände werden ebenso wie die Regionsgeschäftsführer in Bezirkskonferenzen gewählt.

Dieser bildet gemeinsam mit den Vertreter/innen der Mitgliedsgewerkschaften und der Vertreterin des Bezirksfrauenausschusses sowie dem/der Vertreter/in des Bezirksjugendausschusses den DGB - Bezirksvorstand, an denen die Regionsgeschäftsführer beratend teilnehmen. Als Vertreterin des Bezirksfrauenausschusses sowie als Vertreter/in des Bezirksjugendausschusses können nur Kollegen/innen benannt werden, die nicht hauptamtlich beim DGB beschäftigt sind.

Soweit Seniorenpolitik auf der Ebene der Bezirke koordiniert wird, sollen Seniorenvertreter/innen zu den Sitzungen beratend hinzugezogen werden.

Als neues Instrument einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen dem Geschäftsführenden Bezirksvorstand und den Landesvertretern/innen- und den Regionsgeschäftsführern/innen wird der erweiterte Geschäftsführende Bezirksvorstand gebildet. Dieser ist ein wichtiges Abstimmungsinstrument zwischen den Verantwortlichen in einem Bezirk, um die Arbeits- und Aufgabenplanungen zur Umsetzung der Politik der DGB-Vorstände von Anfang an gemeinsam und effektiv anzugehen. Für die Gewerkschaften im Bezirk entsteht so ein besserer Gesamtüberblick über die Arbeit des DGB im Bezirk, für die regionalen Gewerkschaften eine bessere Informations- und Abstimmungsmöglichkeit mit der Bezirksebene.

Die bisherige Personengruppenarbeit Jugend und Frauen bleibt in ihren nach Satzung und Richtlinien bestimmten Strukturen in vollem Umfang erhalten. Für ihre Arbeit sind in den Haushalten der Bezirke eigene Haushaltsansätze (Budgets) vorgesehen.

Für die seniorenpolitische Arbeit des DGB gelten die bisherigen Beschlüsse (insbes. die Seniorenpolitischen Eckpunkte) weiterhin.

Die materielle Ausstattung der Bezirke soll nach gleichen und einvernehmlichen Kriterien erfolgen. Aufgrund ihrer Kernaufgabe der politischen Interessenvertretung in den Bundesländern, sind die Aufwände der Bezirke pro Bundesland prinzipiell vergleichbar, unabhängig von ihrer Mitgliederstärke und wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Situation. Das bedeutet, dass Bezirke mit der Verantwortung für mehrere Bundesländer, entsprechend der jeweiligen Anzahl, auch entsprechende Grundaustattungen erhalten müssen, die dem Unterhalt von einer oder mehrerer Landesvertretungen und dem zusätzlichen Koordinierungsbedarf des Politik- und Kampagnen- und Verwaltungsmanagements für mehrere Bundesländer/Landesvertretungen Rechnung tragen.

Die unterschiedliche Größe und Mitgliederstärke der Bezirke wird insbesondere bei ihrer Aufgabe der Koordinierung, Führung und Unterstützung der ehrenamtlichen Stadt- und Kreisverbände und der damit verbundenen Regionalstrukturen (hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen) ressourcenwirksam. Daher sind in einem zweiten Schritt für die Gesamtausstattung von Bezirken nach einem einfachen, transparenten und einvernehmlichen Verteilungsschlüssel, in Abhängigkeit von ihrem Koordinierungs- und Unterstützungsaufwand, weitere Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Ziel ist es, verbindliche und transparente Grundlagen der Bezirksausstattungen bundesweit zu schaffen, die für die Bezirke und den Bundesvorstand planbare Größen darstellen, dezentral verantwortete Budgetverwaltungen ermöglichen und über eine Flexibilität ihrer zugrunde liegenden Modellrechnungen verfügen, die auch bei künftigen Strukturveränderungen mit entsprechenden Anpassungen weiter anwendbar bleiben.

Die Schnittstellen zwischen den Bezirken und dem Bundesvorstand mit seiner Bundesvorstandsverwaltung erhalten in der neuen Satzung eine besondere Bedeutung. Die Bezirke sind auf der Grundlage des Konzeptes einer verbesserten Integration von Führungsebenen im DGB künftig stärker in die Arbeit und damit auch in die Meinungs- und Willensbildung des Bundesvorstandes einbezogen. Ihre bisher unverbindliche Form einer möglichen Teilnahme an Sitzungen des Bundesvorstandes wird nunmehr in eine verbindliche Form eines Sitzes – ohne Stimmrecht – verändert. Die Beratungsfunktion entspricht dem Prinzip der schlanken Vorstandsbildung, in der auf allen Ebenen sichergestellt wird, dass die Gewerkschaften in ihrem Bund auch das politische Willensbildungsmonopol in den Vorständen behalten.

Mit diesem Schritt werden künftig Arbeits- und Aufgabenplanungen, Struktur- und Organisationsentscheidungen, Kampagnenentwicklungen, politische Einschätzungen unter Einbeziehung der Situation in den Bundesländern u.a. umfassend und kollegial, aber bei Beschlüssen dann auch verbindlich für die Bund und Bezirke gleichermaßen, zu treffen sein. So wie die Stimme der Bezirke gehört werden wird, so tragen die Bezirke wiederum die gemeinsamen Entscheidungen in ihre Bereiche hinein und setzen sie um.

In diesem Sinne wird auch gemeinsam mit den Bezirken der Kommunikationsprozess des Bundes mit den Landesvertretungen und Regionsgeschäftsstellen künftig neu zu organisieren sein.

Durch die Aktivierung dieser vertikalen Schnittstellen auf allen drei Ebenen wird der DGB künftig an Effektivität und Klarheit in der Umsetzung seiner Aufgaben zentral und dezentral gewinnen.

1. 5 Die effektive Vertretung in der Landespolitik sicherstellen

Die Landesvertretungen sollen die Gewerkschaftsinteressen in allen Fragen der Landespolitik wie der Regional- und Strukturpolitik vertreten. Dazu gehören auch haushaltspolitische Auseinandersetzungen sowie die beamtenrechtliche und bildungspolitische Vertretung der Gewerkschaften.

Die Interessen der Gewerkschaften werden in jedem Bundesland durch eine/n hauptamtlichen DGB-Vertreter/in repräsentiert. Die Form der Koordinierung der Arbeit mit den Gewerkschaften legt der Bezirksvorstand fest. In Ein-Land-Bezirken obliegt die Landesvertretung wie bisher der/dem DGB-Bezirksvorsitzende/n. Durch Landesvertretungen wird auch in Mehr-Länder-Bezirken eine kompetente, ortsnahe und repräsentative Vertretung der Gewerkschaften in der Landespolitik sichergestellt.

Die DGB-Vertreter/in in den Bundesländern sind die Repräsentanten des DGB und seiner Gewerkschaften bei den Verfassungsorganen der Bundesländer, den Landesparlamenten und Landesregierungen sowie bei anderen öffentlichen Einrichtungen auf Landesebene. Sie sind die ersten Ansprechpartner dieser Verfassungsorgane und Einrichtungen. Sie vertreten die Positionen des DGB in den Ländern gegenüber Gesellschaft, Politik, Verbänden, Wirtschaft und Öffentlichkeit (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit).

Weitere Aufgaben auf Landesebene sind:

- als Spitzenorganisation die beamtenrechtliche und politische Vertretung sowie übrige Angelegenheiten des Öffentlichen Dienstes,
- bildungspolitische Vertretung,
- Unterbreitung von Vorschlägen für Landesgesetzgebungen und Stellungnahme zu landespolitischen Fragen, die die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern berühren sowie Formulierung entsprechender Forderungen wie z. B. in der Wirtschafts- und Strukturpolitik,
- Mitarbeit in Gremien von zentraler landespolitischer Bedeutung, beispielsweise in der Beamtenkommission,
- Führung haushaltspolitischer Auseinandersetzungen in den Bundesländern,
- Durchführung von Weisungen und Umsetzung von Beschlüssen der Bezirkskonferenz sowie des Bezirks- und Bundesvorstandes,
- Unterstützung der Jugendarbeit und –politik.

Die Landesvertretungen haben innerhalb der Bezirke die politische Aufgabe, die Gewerkschaftsinteressen in allen Fragen der Landespolitik zu vertreten. Sie sind in dieser Eigenschaft auch Ansprechpartner/innen für die Vorsitzende der Stadt- und Kreisverbände in allen Fragen mit Verbindung zwischen Kommunal- und Landespolitik. Sie haben jedoch keine organisationsbezogenen Aufgaben im Bezirk.

Sofern ein Bezirk mehrere Bundesländer umfasst, werden die Landesvertreter/innen durch die Bezirksvorstände auf Vorschlag des Geschäftsführenden Bezirksvorstandes bestimmt und in ihre Aufgaben eingesetzt. Bei der Benennung soll eine Abstimmung mit den Vorständen der Gewerkschaften im Bezirk sowie dem Bundesland erfolgen. Dabei sollen die Bezirke bestehende Wahlmandate – Vorsitzende, stellvertretende Vorsitzende beziehungsweise Regionsgeschäftsführer/innen - bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.

Bei der Vertretung in Stadtstaaten hat der Bezirksvorstand die bestehende Stadtverbandsstruktur mit zu berücksichtigen.

Zur koordinierten Einwirkung auf die Landespolitik legt der Bezirksvorstand geeignete Formen der Koordinierung mit den Gewerkschaften fest. Auf jeden Fall muss dadurch eine wirkungsvolle Abstimmung des DGB mit den Gewerkschaften in dem Bundesland gewährleistet werden. In Fragen, die die gesetzlichen Beteiligungsrechte in einem Bundesland betreffen, ist Einvernehmen mit den in diesem Bundesland vertretenen Gewerkschaften herzustellen.

Die Benennung der Landesvertreter/in erfolgt durch den Bezirksvorstand im Rahmen der konstituierenden Sitzung nach der Bezirkskonferenz. Es werden keine Stellvertreter/innen benannt. Eine Abberufung und Neubenennung ist durch den Bezirksvorstand jederzeit durch Beschluss möglich.

Für den Fall einer notwendig werdenden Vertretung übernimmt die/der Bezirksvorsitzende zeitweilig die Funktion.

Der Bezirksvorstand koordiniert und unterstützt die Arbeit der Landesvertretungen. Der Bezirksvorsitzende hat gegenüber der Landesvertretung Weisungsbefugnis.

Der/Die Landesvertreter/in ist in die inhaltlich-fachliche Arbeit der Bezirke eingebunden und verantworten dort die landesspezifischen Arbeitsfelder.

Der/die Landesvertreter/in ist Mitglied des erweiterten geschäftsführenden Bezirksvorstandes. Soweit die Landesvertreter/in nicht bereits über sein/ihr Wahlmandat Mitglied im Bezirksvorstand ist, nimmt er/sie ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Bezirksvorstandes teil.

Der Sitz der Landesvertretung ist in der Regel am Ort der Landesregierung.

Die Form der Koordinierung der Arbeit der Landesvertretungen mit den Gewerkschaften legt der Bezirk fest. Auf Beschluss des Bezirksvorstandes, können geeignete Koordinierungsgremien mit den Gewerkschaften gebildet werden. Einem solchen Koordinierungsgremium sollen die Vertreter/innen aller Gewerkschaften angehören können. Es wird durch Beschluss des Bezirksvorstandes gebildet. Das Vorschlagsrecht für die Vertreter der Gewerkschaften liegt bei den Gewerkschaften.

Je nach bezirklichen und örtlichen Gegebenheiten ist es durch Beschluss des Bezirksvorstandes möglich, am Sitz der Landesregierung Arbeitsstrukturen einzurichten. Hierbei ist die örtliche Präsenz von Regionen bei der Ressourcenverteilung zu berücksichtigen und Synergien sind zu nutzen.

Alle administrativen, finanziellen und personellen Aufgaben, die die Arbeit der Landesvertreter/in berühren, obliegen dem DGB-Bezirksvorstand.

Für ihre politischen Aufgaben weisen die Bezirke ein Teilbudget aus.

Soweit erforderlich, können durch Beschluss des DGB-Bezirksvorstandes auf Landesebene Ausschüsse und Kommissionen gebildet werden. Dies gilt vor allem für Frauen-, Jugendausschüsse und Beamtenkommissionen.

1.6 Arbeit der Bundesebene

Der Bundesebene des DGB obliegen bei der Vertretung gewerkschaftlicher Interessen sowie der notwendigen organisationspolitischen Arbeit des DGB als Bund der Gewerkschaften, folgende Aufgaben:

- die kontinuierliche Einflussnahme und Begleitung der politischen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen,
- die Interessenvertretung und Repräsentanz der deutschen Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Politik sowie die Mitarbeit in Gremien und Organen, z. B. in der Sozialversicherung,
- die Organisierung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten aller Gewerkschaften bei zentralen gesellschaftspolitischen Fragestellungen,
- die zentralen organisationspolitischen Aufgaben des Bundes zu erfüllen.

Der DGB sorgt als Bund für eine Klärung der Organisationszuständigkeiten in einem dynamischen Umfeld. Alle Gewerkschaften verpflichten sich, die Ergebnisse der Vermittlungsverfahren und die abschließenden Entscheidungen des DGB-Schiedsgerichtes verbindlich umzusetzen.

Neben der Vertretung gegenüber der Politik ist auch die Repräsentanz gegenüber den zentralen Arbeitgeberverbänden und Kammern sowie den gesellschaftlichen Gruppen (z.B. den Kirchen) und Verbänden eine wichtige Aufgabe.

Hinzu kommen die gemeinsame Vertretung der Gewerkschaftsinteressen gegenüber der europäischen Politik und Gesetzgebung und beim Europäischen Gewerkschaftsbund sowie die internationale Gewerkschaftsarbeit durch Mitarbeit im Internationalen Gewerkschaftsbund wie auch in internationalen Organisationen (beispielsweise der Internationalen Arbeitsorganisation).

Der Geschäftsführende Bundesvorstand und die Bundesvorstandsverwaltung stellen durch eine effektive und an den Zielen des DGB orientierte Organisationsstruktur sicher, dass diese Kernaufgaben erfüllt werden.

Hierzu gehört auch die Bearbeitung notwendiger zentraler Aufgaben für den gesamten DGB.

Es ist in den nächsten Jahren ein wichtiges Ziel durch geeignete Maßnahmen zu einer weiteren Effektivitätsverbesserung und Effizienzsteigerung zu kommen. Hierzu zählt auch die Verringerung der Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes auf noch vier GBV-Mitglieder.

Die Zusammenarbeit der Bundes- und der Bezirksebene ist dazu zu verbessern. Die Kommunikation und gemeinsame Entscheidungsfindung ist dazu eine notwendige Voraussetzung.

Durch die Neugliederung der Bundesvorstandsverwaltung in Kompetenzbereiche wird gewährleistet, dass die Kooperation innerhalb der Bundesvorstandsverwaltung ebenso verbessert wird wie die Zusammenarbeit mit den DGB-Bezirken. Doppelarbeit ist zu vermeiden. Schwerpunktbildungen sind notwendig.

Eine Zusammenarbeit in Kompetenzbereichen für die effektive Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen in einzelnen Politikfeldern (z. B. in der Beamtenpolitik) ist trotz der durch die Föderalismusreformen geänderten Zuständigkeiten von Bund- und Landespolitik zu gewährleisten.

Ebenfalls ist dafür zu sorgen, dass die Unterstützung der Kreis- und Stadtverbände durch die Zuarbeit der Bundes- und der bezirklichen Ebene gefördert wird. Durch die verstärkte Einbeziehung ehrenamtlicher Kolleginnen und Kollegen sind die Arbeitsabläufe und Arbeitsweisen dahingehend zu ändern, dass auch stärker deren Zeitbudgets berücksichtigt wird.

Die Vertretung aller gewerkschaftlichen Interessen durch den DGB als Bund der Gewerkschaften kann nur gelingen, wenn die Kooperation und Abstimmung mit den Gewerkschaften verbessert wird. Hierzu ist ein Konzept zu erarbei-

ten, dass eine klarere Aufgabenteilung zwischen den Mitgliedsgewerkschaften und dem DGB in allen politischen und organisatorischen Fragen, die alle Gewerkschaften betreffen, regelt.

Für alle Arbeitsgruppen, Projektgruppen und Ausschüsse auf Bundesebene gilt das Legislaturperiodenprinzip des Bundesvorstandes. Mit der Neuwahl des Geschäftsführenden Bundesvorstandes und der Neukonstituierung des Bundesvorstandes sind diese Gremien neu zu besetzen. Der Bundesvorstand stellt zeitnah sicher, dass die Arbeit der Koordinierung und Abstimmung fortgeführt werden kann.

1.7 Jugendarbeit

Jugendarbeit ist eine wichtige Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die DGB-Jugend ist Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes und gleichzeitig Dachverband der Jugendorganisationen der Mitgliedsgewerkschaften. Als einer der größten Jugendverbände in Deutschland erfüllt die DGB-Jugend neben ihren Aufgaben als Dachverband der Gewerkschaftsjugend innerhalb der DGB-Gewerkschaften auch ihren gesellschaftlichen Auftrag innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.

Satzung und Programmatik des DGB sind neben den eigenen Richtlinien die Grundlagen der Arbeit für die DGB-Jugend. Innerhalb des DGB, als Bund der Gewerkschaften, vertritt sie die Interessen Jugendlicher und junger Erwachsener.

Die Durchführung der Jugendarbeit und Jugendpolitik des DGB ist Aufgabe der DGB-Jugend. Die Strukturen der DGB-Jugend orientieren sich an den Strukturen des DGB als Gesamtorganisation.

Vertreter/innen der Jugend nehmen an den Sitzungen der DGB-Vorstände in Bezirken und Stadt- und Kreisverbände mit Stimmrecht teil.

Die Aufgaben der DGB-Jugend ergeben sich aus der bereits bestehenden Jugendrichtlinie, die der neuen Satzung angepasst wird. Die Anpassung bzw. Überarbeitung der Jugendrichtlinie ist aufgrund ihres Status unter Berücksichtigung der Entscheidungsprozesse und Gremien der DGB-Jugend vorzunehmen.

Die Jugendrichtlinie des Deutschen Gewerkschaftsbundes bildet zugleich die Grundlage für die Arbeit der DGB-Jugend. Die Richtlinie definiert dabei sowohl die Aufgaben als auch die Struktur der DGB-Jugend. Sie regelt die Grundsätze und Ziele, den Aufbau, die Funktionen als Dachverband und die Gremien- und Entscheidungsstrukturen der DGB-Jugend. Die Strukturen der DGB-Jugend orientieren sich hierbei am Organisationsaufbau des DGB.

Darüber hinaus ist die Jugendrichtlinie die Grundlage für das Bestehen der DGB-Jugend als eigenständiger Jugendverband und damit für die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII.

Die Jugendrichtlinie bildet für die DGB Jugend in Verbindung mit der Satzung des DGB die verbindliche Grundlage für die Willensbildung innerhalb der DGB-Jugend.

Mit der Neuregelung im Satzungsentwurf des DGB wird es weiterhin Jugendkonferenzen und Jugendausschüsse auf Bundes- und Bezirksebene geben. Die Gründung so genannter „Landesjugendausschüsse“ wird in Bezirken, die aus mehreren Bundesländern bestehen, möglich sein. Ob eine Einrichtung notwendig ist, richtet sich nach den Landesregelungen für öffentliche Förderung.

Weiterhin können in den Kreis – und Stadtverbänden Jugendausschüsse eingerichtet werden. Die Jugendausschüsse haben die Aufgabe, die Jugendarbeit und Jugendpolitik in den einzelnen Stadt- und Kreisverbänden zu koordinieren

und mit der bezirklichen Jugendarbeit zu vernetzen.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit und Jugendpolitik soll auch auf Ebene der Stadt- und Kreisverbände stattfinden. Die Einrichtung von Jugendausschüssen orientiert sich am Vorhandensein von gewerkschaftlich aktiven Jugendlichen.

Die Ausschüsse und Konferenzen der DGB-Jugend setzen sich aus Vertreter/ innen der Mitgliedsgewerkschaften der jeweiligen Ebene und Vertreter/innen der DGB-Jugendstrukturen der darunter liegenden Ebene zusammen. Diese Zusammensetzung ist u. a. Voraussetzung für die Anerkennung als förderfähiger Jugendverband.

Die Aufgaben der DGB-Jugend sind in der Jugendrichtlinie definiert. Darüber hinaus wird die konkrete Ausgestaltung der Arbeit innerhalb der DGB-Jugendvorstände auf den einzelnen Ebenen konkretisiert. Ebenfalls wird die Arbeit der DGB-Jugend auf den einzelnen Ebenen auch maßgeblich durch die Schwerpunkte des DGB beeinflusst. Die Möglichkeit der direkten Einflussnahme durch die DGB Jugend wird künftig durch ihr Stimmrecht in den Vorständen auf Bezirks-, Stadt- und Kreisverbandsebene, sowie ihr Beratungsrecht im Bundesausschuss und den Konferenzen auf Bundes-, Bezirks- und Stadt- und Kreisverbandsebene gewährleistet.

Aufgaben der DGB Jugend sind:

Mitgliederorientierte Jugendarbeit:

- Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisationen
- Berufsschularbeit
- Studierendenarbeit
- Jugendbildungsarbeit
- Beratungs- und Informationsangebote zur Arbeits- und Berufswelt, Berufsvorbereitung und zu Gewerkschaften
- Berufsorientierung und Lebenswegplanung in allg. Schulen
- Vernetzungs- und Servicefunktion für die Gewerkschaftsjugend

Jugendpolitik:

- jugendpolitische Koordinierungs- und Vertretungsaufgaben der Gewerkschaftsjugend
- Arbeit und Angebote zu (jugend-)politischen Themen und der Beschäftigungs- und Bildungspolitik
- Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Jugendverbänden (Bündnisarbeit)
- Vertretung der Gewerkschaftsjugend in Stadt-, Kreis-, Landesjugendringen sowie im Deutschen Bundesjugendring (DBJR)
- Verwaltung der öffentlichen Mittel als Zentralstelle
- Vertretung in europäischen und internationalen Jugendstrukturen

Es gibt hauptamtliche Jugendsekretäre/innen und Jugendbildungsreferenten/ innen auf der Bundes- und Bezirksebene. Unter Berücksichtigung der Anforderungen der jeweiligen öffentlichen Förderung, ist eine regionale Präsenz von Jugendsekretären/innen und Jugendbildungsreferenten/innen wünschenswert. Die Jugendsekretäre/innen und Jugendbildungsreferenten/innen sind Teil der DGB-Jugend. Ihre Aufgaben ergeben sich aus der Jugendrichtlinie.

Bei der Personalauswahl von Jugendbildungsreferenten/innen ist eine Beteiligung der DGB-Jugend erforderlich.

Aufgrund der besonderen Anforderungen innerhalb der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und Jugendpolitik wird ein Personalentwicklungskonzept für Jugendbildungsreferenten/innen erarbeitet. Hierzu gehört neben einer Grundqualifizierung auch der Einblick in die anderen Ebenen und Aufgabenbereiche des DGB und der Gewerkschaften im Rahmen einer Einarbeitungs- bzw. Orientierungsphase.

Die DGB Jugend erhält auf der Bundes- und Bezirksebene im Rahmen der jeweiligen Haushalte eigene Jugendetats. Die Ausstattung der Jugendetats erfolgt im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse auf der Ebene des Bundes und der Bezirke.

1.8 Frauenarbeit

Der Anteil der weiblichen Mitglieder liegt bei über 30%. Je nach Gewerkschaft und Branche variiert bzw. differiert diese Zahl erheblich und reicht von 70% bis ca. 18%.

Sowohl der DGB als auch seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich dem Prinzip des Gender Mainstreaming verpflichtet.

Konsequenterweise beziehen sich die Aufgaben der Frauenpolitik auf alle Bereiche der politischen Aufgaben des Bundes, insbesondere auf die Gleichstellungspolitik, die Familienpolitik und die Antidiskriminierung. Die in den Frauenstrukturen entwickelten gleichstellungs- und frauenpolitische Positionen und Handlungsbedarfe werden in die Gesamtorganisation eingebracht.

Die DGB-Frauen sind Teil einer weit verzweigten frauenpolitische „Infrastruktur“ in Deutschland. Dazu gehören das Bundesfrauenministerium, die Frauenministerien oder Staatssekretärinnen in der Bundesländern, Kommunale Gleichstellungsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte bei den diversen Behörden, Landesfrauenräte, (in einigen Bundesländern Landesfrauenbeiräte, berufen von den Landesregierungen) und nicht zuletzt der Deutscher Frauenrat, in dem die Mitgliedschaft nur dann möglich ist, wenn eigene Strukturen und Beschlussgremien nachgewiesen werden können.

Diese gesamte „Infrastruktur“ ist nicht auf die Situation der Arbeitnehmerinnen ausgerichtet und hat zumeist davon wenig Kenntnisse.

Die DGB-Frauen sind in dieser gleichstellungspolitischen Landschaft der größte und maßgebliche „Verband“, der die Interessen der Arbeitnehmerinnen vertritt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die DGB Frauen gewerkschaftliche Positionen dort einbringen.

Die Kolleginnen der Gewerkschaften verfügen in der Personengruppe Frauen im DGB über eine eigene Struktur, die analog zu den Organisationsstrukturen des DGB aufgebaut ist. Ergänzend dazu regelt eine Richtlinie zur Frauen- und Gleichstellungspolitik die Arbeit der verschiedenen Frauenausschüsse und Frauengruppen auf den verschiedenen Strukturebenen des DGB unter

- Wahrung der Eigenständigkeit der Gremien und
- der Einflussnahme auf Entscheidungen.

Die DGB-Frauenausschüsse auf der Bundes und der Bezirksebene dienen dem Erfahrungsaustausch und der politischen Koordinierung. Die politische Schwerpunktplanung erfolgt in der Regel in Abstimmung mit den politischen Schwerpunkten der Gesamtorganisation und/oder reagiert auf Bundes- bzw. landespolitische Erfordernisse. Die Bezirksfrauenausschüsse und der Bundesfrauenausschuss sind eng miteinander verzahnt.

Für den Bundesfrauenausschuss (BFA) gilt, dass das für Frauen- und Gleichstellungspolitik zuständige Vorstandsmitglied gleichzeitig Vorsitzende des BFA ist. Dies soll auch weiterhin gelten.

Die existierenden Bezirksfrauenausschüsse sind weiterhin in allen Bezirken zu bilden; ebenso sollte die Möglichkeit erhalten bleiben, in Bezirken mit mehreren Bundesländern Landesfrauenausschüsse einzurichten. Dies ist z.B. im Hinblick auf die Arbeit der allgemeinpolitischen Landesfrauenräte von Bedeutung.

Die bisherigen DGB-Regionsfrauenausschüsse gaben vielen Gewerkschafterinnen die Chance, sich überhaupt zu treffen und sich gemeinsam zu engagieren.

Die bisherige Richtlinie für die Frauenpolitik im DGB eröffnete bereits die Möglichkeit auf der Kommunal- und Kreisebene eine Frauengruppe, bestehend aus Kolleginnen der Mitgliedsgewerkschaften und weiteren interessierten Frauen, zu bilden. In Hinblick auf die neu zu bildenden DGB-Strukturen auf der kommunalen Ebene wird zu entscheiden sein, wie die Integration der bisherigen Arbeit und Strukturen erfolgen kann.

Dies muss von den Vorständen aktiv unterstützt werden, denn für eine aktive Frauenarbeit kommt es vor allem auch auf die politische und organisatorische Unterstützung durch die DGB-Vorstände auf den jeweiligen Ebenen an.

Auf allen Strukturebenen werden die Frauenausschüsse über ein eigenständiges Verlautbarungsrecht verfügen. Die Frauenausschüsse haben darüber hinaus ein Vorschlagsrecht für extern zu besetzende frauenpolitische Gremien und sind bei allen frauenrelevanten politischen Fragen zu beteiligen.

Auf der Bundesebene und auf der Bezirksebene werden weiterhin DGB-Frauenkonferenzen durchgeführt.

Die Anpassung bzw. Überarbeitung der Richtlinie für die Frauenpolitik im DGB aufgrund der DGB-Strukturreform ist vorzunehmen, ohne die bestehenden Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten innerhalb der Personengruppe Frauen einzuschränken.

Zukünftig sollen die Vertreter/innen der Frauen an den Sitzungen der DGB-Vorstände auf Bezirks-, Stadt- und Kreisverbandsebene mit Stimmrecht teilnehmen. Darüber hinaus bleiben sie mit beratender Stimme im Bundesausschuss und den Konferenzen auf Bundes-, Bezirks-, Stadt- und Kreisverbandsebene vertreten. Damit haben die Frauen im DGB die Chance, ihre Themen in die jeweiligen Gremien des DGB einzubringen und ermöglichen ihnen damit, sich gleichstellungs- und frauenpolitisch zu positionieren.

Schlussbemerkungen

Der DGB-Bundeskongress sieht in der DGB-Strukturreform große Chancen für eine zukunftssichere Arbeit des DGB.

Alle Ebenen des DGB und alle Beschäftigten des DGB werden aufgefordert, diesen Umstellungsprozess aktiv zu unterstützen und hierbei dafür Sorge zu tragen, dass eine effektive Struktur des Dachverbandes bis 2014 hergestellt werden kann. Diese Anstrengungen sind durch entsprechende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen mit der Zielsetzung der Unterstützung und Umsetzung der DGB-Strukturreform zu unterstützen.

Es ist notwendig, dass dieser Umsetzungsprozess durch den Bundesvorstand laufend begleitet und dem Bundesausschuss hierüber jährlich Bericht erstattet wird.

Im Zuge dieses Umstellungsprozesses gilt, dass die vor der Verabschiedung der neuen Satzung gewählten hauptamtlichen und ehrenamtlichen Vorstände und Vorstandsmitglieder bis zum Ende ihrer Wahlperiode ihr Amt ausüben.

Die nach der Richtlinie des Bundes bestehenden bisherigen ehrenamtlichen Ortsverbände bleiben auch nach in Kraft treten der Satzung erhalten und werden sinnvoll in die neu zu bildenden Kreis- und Stadtverbände einbezogen. Klar

ist, dass ehrenamtliches Engagement auf dieser Ebene des DGB einer besonderen Wertschätzung bedarf und dies entsprechend berücksichtigt werden muss.

Durch geeignete Übergangsmaßnahmen ist sicher zu stellen, dass die geänderte Finanzierung des Solidaritäts- und Aktionsfonds nicht die Handlungsfähigkeit des DGB als Bund der Gewerkschaften gefährdet. Der Bundesvorstand wird gebeten, dies in seiner Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Im Zuge des Umsetzungsprozesses der DGB-Strukturreform wird weiterhin die Frage der Aufgabenzuordnung zwischen dem DGB als Bund der Gewerkschaften und seinen Mitgliedsgewerkschaften insbesondere im Hinblick auf die Vermeidung von Doppelstrukturen, Verbesserung des Ressourceneinsatzes und der Effizienz der jeweiligen Aufgabenwahrnehmung ein weiterer wichtiger Arbeitsschwerpunkt bleiben. Dies wird auch im Zuge der Umsetzung der DGB-Strukturreform vom DGB-Bundesvorstand und Bundesausschuss weiter zu begleiten sein.

Der DGB-Bundeskongress erwartet, dass durch die neue DGB-Satzung eine qualitative Verbesserung der politischen Interessenvertretung aller Gewerkschaften auf allen politischen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland erreicht wird.